



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Freien Demokraten zur Neuausrichtung des Präventionsrates (VII/2019/00697)
Vorlage: VII/2019/00763**

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses III/2001/01855 (Halle-Sicherheit durch Verantwortung "Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration") vom 12.12.2001.
2. Der Stadtrat beschließt das vom Präventionsrat erarbeitete und einstimmig empfohlene Konzept zu dessen Neuausrichtung (Anlage). **Ergänzend zu den in dem Konzept genannten Arbeitsgruppen (AGs), soll eine AG Trinken Alkoholmissbrauch im öffentlichen Raum eingesetzt werden.**
3. Der Präventionsrat soll seine Arbeit im ersten Quartal 2020 aufnehmen.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Vorlage VII/2019/00697 - Neuausrichtung des Präventionsrates
Vorlage: VII/2020/00900**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses III/2001/01855 (Halle-Sicherheit durch Verantwortung „Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“) vom 12.12.2001..
2. Der Präventionsrat soll seine Arbeit im **zweiten** Quartal 2020 aufnehmen.
3. Der Stadtrat beschließt das vom Präventionsrat erarbeitete und einstimmig empfohlene Konzept zu dessen Neuausrichtung (Anlage) **mit folgenden Änderungen in der Anlage „Neuausrichtung des Präventionsrates 2019“ und „Organigramm Präventionsrat Halle“**

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.1.3 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage Neuausrichtung des Präventionsrates
Vorlage: VII/2020/00976**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Punkt 2 der Beschlussfassung wird ergänzt:

Der Stadtrat beschließt das vom Präventionsrat erarbeitete und einstimmig empfohlene Konzept zu dessen Neuausrichtung (Anlage) **mit Ergänzung um eine Arbeitsgruppe „Umgang mit Rechtsextremismus in der Stadt Halle“**.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage Tourismuskonzept Stadt Halle (Saale) und Region (VII/2019/00733)
Vorlage: VII/2020/00873**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um einen zweiten Beschlusspunkt ergänzt:

2. Die Genehmigung der Zustimmung des Oberbürgermeisters zum o.g. Beschluss seitens des Stadtrates ist an folgende Bedingungen geknüpft:
 - a. Der Titel des Konzeptes wird geändert in „Vermarktungskonzept Stadt Halle (Saale) und Region“
 - b. Das Vorwort wird um den folgenden Passus ergänzt: „Im Sinne der zukunftsorientierten Stadtentwicklung wird das vorliegende Konzept stets an Aktualisierungen und Überarbeitungen der zu Grunde liegenden Datenlage und Erkenntnisstände angepasst und fortgeschrieben. Eine Evaluation erfolgt in Zusammenarbeit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) und dem Beirat der SMG.“ (vgl. Anlage 1, Seite 4)
 - c. Unter 1. Kontext und Zielstellung/ Qualität vor Quantität wird folgender Satz eingefügt: „Eine nachhaltige Konzeptumsetzung nutzt die Potenziale der Stadt und ihrer Menschen zur Wertschöpfung für das Gemeinwohl und weiß auch um die Strahlkraft politischer Errungenschaften und ihren Einfluss auf das Image der Stadt.“ (vgl. Anlage 1, Seite 6)
 - d. Unter 3. Ausrichtung Halle (Saale) wird folgende weitere Leitlinie ergänzt: „... ist seit Jahrhunderten eine Musenstadt, die hochkarätige Forschung und Wissenschaft sowie traditionsreiches Unternehmertum verortet und innovative virtuose Kreationen und Persönlichkeiten hervorbringt: Inspiring City – Halle (Saale) die Perle des Ostens“. (vgl. Anlage 1, Seite 27)
 - e. Unter 3. Ausrichtung Halle (Saale) wird die Leitlinie „... erlebnisreiche Stadt mit hohem Qualitätsanspruch“ um den Aspekt der Nachhaltigkeit ergänzt. (vgl. Anlage 1, Seite 27 f.)
 - f. Unter 3. Ausrichtung Halle (Saale) wird die Ausführung zur weiteren Herausarbeitung von Merkmalen hinsichtlich Schwerpunktthemen um die



Positionierung der Stadt Halle (Saale) als Stadt der Superlative und als FairTradeTown ergänzt. (vgl. Anlage 1, Seite 29)

- g. Unter Marketingschwerpunkte/ Themenfeld „Shopping“ werden „Wegweiser zu nachhaltigen Geschäften, für Shopping ohne schlechtes Gewissen (FairTradeTown)“ ergänzt. (vgl. Anlage 1, Seite 30)
- h. Unter Marketingschwerpunkte wird folgender Passus ergänzt: „Um die Digitalisierung nutzbar zu machen und vor allem jüngere Menschen als Zielgruppe und Multiplikator zu gewinnen, sollten alle Kanäle nach außen genutzt werden, die Werbung für die Stadt machen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob und wie die Stadt Halle (Saale) zu einem instagram-tauglichen Reiseziel werden kann (Stichwort: Instagrammability).“ (vgl. Anlage 1, Seite 30)

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.3 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Kultur und Sport (m/w/d)
Vorlage: VII/2020/00854**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- 1.) Der Tag der Wahl für den Beigeordneten für Kultur und Sport (m/w/d) wird auf den 27.05.2020 festgelegt.
- 2.) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Stellenausschreibung öffentlich bekannt zu machen.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.4 Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale)
für den Zeitraum 2019 bis 2023
Vorlage: VI/2019/05051**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2019 bis 2023 zu.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2019 bis 2023" (VI/2019/05051)
Vorlage: VII/2020/00823**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird ergänzt und erhält folgende Fassung:

„Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2019 bis 2023 zu. **Zu allen Maßnahmen, die bisher finanziell und zeitlich nicht untersetzt sind, legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat bis April Juni 2020 einen Finanzierungs- und zeitlichen Umsetzungsplan zur Beschlussfassung vor.**“

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.4.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum "Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2029 bis 2023" (VI/2019/ 05051)
Vorlage: VII/2020/00955**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Ergänzungen:

1. Unter Punkt 2.7. Umsetzungsplan Fahrradabstellanlagen wird ergänzt:

Die in der Grünfläche zwischen Delitzscher Straße und Straßenbahnstrecke geplanten 90 Fahrradabstellplätze (VI/2018/04296) werden in die Bedarfsliste für Fahrradabstellanlagen aufgenommen und prioritär umgesetzt.

2. Unter Punkt 2.8. Sonstige Maßnahmen wird ergänzt:

Die Stadtverwaltung ermöglicht auf der Bernburger Straße in Nord-Süd-Richtung das Führen des PKW-Verkehrs auf den Schienen und realisiert eine damit verbundene Markierung eines Schutzstreifens für Radfahrer in diesem Abschnitt.

F.d.R.



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.4.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2019 bis 2023 (VI/2019/05051)
Vorlage: VII/2020/00957**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2019 bis 2023 **mit unter Punkt 1 und 2 aufgeführten Änderungen** zu. **Die Zustimmung zu den HW-Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich der Erfüllung der Förderkriterien der Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013.**

- 1. Folgende Maßnahmen werden nicht weiterverfolgt:**
 - a. ~~Maßnahme 42: Geh- und Radweg Hohes Ufer Silberhöhe~~**
 - b. Maßnahme 60: Asphaltierung der Goldbergstraße**
 - c. Maßnahme 66: Asphaltierung Feldweg zwischen Kanena und Bruckdorf**

- 2. Neu aufgenommen werden folgende Maßnahmen:**
 - a. Geh- und Radweg Mühlrain zwischen der Straße Frohe Zukunft und der Zöberitzer Straße in der Kategorie 2.5 Sonstige Investitionsmaßnahmen**
 - b. Erarbeitung eines Fahrradstraßenkonzepts (Stadtratsbeschluss 6.11.2019 [VII/2019/00484](#)) in der Kategorie 2.8 Sonstige Maßnahmen**

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.6 Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Konzeption zu Freiräumen für engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Halle (Saale) („Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019“).

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

zu 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/ 2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

2. Damit verbunden beschließt der Stadtrat einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 55T€, welcher vorbehaltlich eines genehmigten Haushaltes haushaltsneutral durch Veränderungen desselben zur Verfügung gestellt wird.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 5.6.2 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/ 2019/00017)
Vorlage: VII/2020/00827**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Konzeption zu Freiräumen für engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Halle (Saale) („Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019“).
2. **Alle Personen, Vereine, Projekte und Organisationen, die im Rahmen des Freiraumkonzepts um Unterstützung ersuchen, werden vorab auf folgendes Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet:**

„Hiermit bestätige(n) ich (wir), dass ich (wir) uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen. Ich (wir) gewährleiste(n), dass meine (unsere) Aktivitäten ausschließlich den Zielen des Grundgesetzes förderlich sind.“

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



- 2.1. Der Jahresüberschuss in Höhe von 29.509,07 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2018 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements
Vorlage: VII/2019/00283**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine zentrale Stelle innerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, die für das gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit einem allparteilichen Ansatz präsent ist. Diese zentrale Stelle versteht sich als Fachstelle für nachhaltiges Konfliktmanagement im öffentlichen Raum. Die entsprechenden Kosten werden im Haushaltsplan 2020 ff. eingestellt.
2. Parallel zur Schaffung der Stelle des Allparteilichen Konfliktmanagement wird empfohlen, eine Arbeitsgruppe zu gründen. Die Arbeitsgruppe sollte aus Vertreter*innen des Fachbereiches Bildung (z .B. Streetworker*innen) und dem Fachbereich Gesundheit (z. B. Abt. Sozialpsychiatrie) des Ordnungsamtes und der Polizei sowie dem DLZ Bürgerengagement bestehen.
3. Es wird empfohlen, dass das Allparteiliche Konfliktmanagement einen Leitfaden „Konfliktlösung im öffentlichen Raum“ erarbeitet, der u.a. Handlungsempfehlungen für zu lösende Konflikte enthält und Grundlage der Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe und des Allparteilichen Konfliktmanagements ist.
4. Der Stadtrat regt an, dass die Stadt Halle (Saale) dem Netzwerk Kommunales Konfliktmanagement im öffentlichen Raum beitrifft und am zweiten Treffen des Netzwerkes am 8.November 2019 teilnimmt.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

zu 6.1.1 **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag VII/2019/00283 der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements**
Vorlage: VII/2019/00621

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine zentrale Stelle innerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, die für das gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit einem allparteilichen Ansatz präsent ist. Diese zentrale Stelle versteht sich als Fachstelle für nachhaltiges Konfliktmanagement im öffentlichen Raum. Die entsprechenden Kosten werden im Haushaltsplan 2020 ff. eingestellt.~~
- ~~2. Parallel zur Schaffung der Stelle des Allparteilichen Konfliktmanagement **Es** wird empfohlen, eine Arbeitsgruppe zu gründen. Die Arbeitsgruppe sollte aus Vertreter*innen des Fachbereiches Bildung (z .B. Streetworker*innen) und dem Fachbereich Gesundheit (z. B. Abt. Sozialpsychiatrie) des Ordnungsamtes und der Polizei sowie dem DLZ Bürgerengagement bestehen.~~
- ~~3. Es wird empfohlen, dass ~~das Allparteiliche Konfliktmanagement~~ **diese Arbeitsgruppe** einen Leitfaden „Konfliktlösung im öffentlichen Raum“ erarbeitet, der u.a. Handlungsempfehlungen für zu lösende Konflikte enthält und Grundlage der ~~Zusammenarbeit~~ **Tätigkeit** der Arbeitsgruppe und ~~des Allparteilichen Konfliktmanagements~~ ist.~~
- ~~4. Der Stadtrat regt an, dass die Stadt Halle (Saale) dem Netzwerk Kommunales Konfliktmanagement im öffentlichen Raum beitrifft und am zweiten Treffen des Netzwerkes am 8.November 2019 teilnimmt.~~

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

zu 6.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion - Demokratieklauseleinführen!- Vorlage: VII/2019/00663

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine Demokratieklauseleinzuführen, welche den Erhalt von kommunalen Fördermitteln im Kampf gegen Extremismus oder im Rahmen anderer zivilgesellschaftlicher Projekte, an die ausschließende Bedingung der Unterzeichnung einer Einverständniserklärung koppelt.

Angelehnt an die von der CDU-Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eingeführte Demokratieklausele, soll diese für Halle wie folgt lauten:

1. „Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.“

2. Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung eines Projektes beauftragen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigen.

Wir erkennen an, dass Fördermaßnahmen eingestellt werden, wenn bekannt wird, dass bei erheblichen Verstößen gegen die Rechtsordnung, die von diesen Personen oder Organisationen oder aus deren Umfeld begangen werden, geleistete Fördermaßnahmen zurückgefordert werden.

3. Wir verpflichten uns, erhaltene Fördermittel nicht für extremistische Organisationen, Gruppierungen, Projekte oder Personen aufzuwenden oder an diese weiterzuleiten. Auch das zur Verfügung stellen von Infrastruktur wie z.B. Räumlichkeiten oder anderer Sachwerte ist nicht gestattet. Eine personelle wie strukturelle Verflechtung mit nachweislichen Extremisten oder politischen Straftätern schließen wir aus. Verstöße führen zur Einstellung städtischer Fördermaßnahmen, sowie Rückforderung geleisteter Mittel.“



hallesaale^{*}
HÄNDELSTADT

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 6.5 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Betreuung von Kindern und Angehörigen während der Mandatsausübung
Vorlage: VII/2019/00687**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie für Mitglieder des Stadtrates sowie durch den Stadtrat berufene sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner, denen bei der Betreuung von Kindern bis zum vollendeten zwölften Lebensjahr regelmäßig zusätzliche Kosten durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstehen, eine angemessene Unterstützung erfolgen kann;
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie für Mitglieder des Stadtrates sowie durch den Stadtrat berufene sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner, die berechtigt sind, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gem. §§ 53 ff. SGB XII zu erhalten und Hilfe für die Dauer der Sitzung benötigen, eine angemessene Unterstützung erfolgen kann. Dafür sind Stellungnahmen führender Behindertenvertretungen einzuholen.
3. Das Prüfergebnis ist dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss spätestens im April 2020 vorzulegen.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

**zu 6.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der
Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche
Initiativen
Vorlage: VI/2019/04766**

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche konkreten Unterstützungsleistungen von der Stadt für die Einrichtung und das Betreiben eines stadtweiten Ressourcenpools für Vereine und Initiativen möglich sind.
2. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat einen Monat nach der Beschlussfassung zu diesem Antrag per Informationsvorlage vorzulegen.
3. Bei einer positiven Stellungnahme werden die Umsetzungsschritte bis zur Realisierung dargelegt.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.02.2020:

zu 6.7 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schwimmunterricht – Konzept für städtische Kitas Vorlage: VII/2019/00644

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Fraktion Hauptsache Halle verfolgt das Ziel, dass jede städtische Kindertageseinrichtung, spätestens ab dem Jahr 2022, Angebote zum Baden und zur Wassergewöhnung für Kinder in das pädagogische Konzept ihrer Einrichtung anbietet.

Um dieses Ziel zu erreichen wird, die Stadtverwaltung mit folgenden 3 2 Punkten beauftragt:

1. Die Stadtverwaltung entwickelt zusammen mit dem Eigenbetrieb Kita ein Konzept zur möglichen Realisierung des ~~Schwimmunterrichtes~~ Schwimmenlernens an allen städtischen Kindertageseinrichtungen.
2. ~~Die Erarbeitung des Konzeptes erfolgt unter Einbeziehung:~~
 - ~~der Vertreter des Eigenbetriebes Kita und der Interessengemeinschaft der Freien Träger von Kindertageseinrichtungen sowie allen Prozessbeteiligten (Stadtverwaltung, Elternvertretung, DLZ Arbeitsmarkt etc.);~~
 - ~~der Vertreter der Schwimmhallen und Frei- und Naturbäder, damit ausreichend Wasserflächen und -zeiten für Kindereinrichtungen zur Verfügung gestellt werden können (städtische und private Einrichtungen);~~
 - ~~der Vertreter des Jugendhilfeausschusses, des Bildungsausschusses und des Sportausschusses;~~
 - ~~der Vertreter des Landesschwimmverbandes ("Seepferdchen-Guide"), der Unfallkasse Sachsen-Anhalt ("Sicher Baden"), der Wasserrettungsorganisationen Wasserwacht und DRLG.~~
3. **2.** Der erste Arbeitsstand in der Konzepterstellung ist dem Stadtrat als Information im April- Mai 2020 vorzulegen.

F.d.R.

Lisa Paatzsch
stellvertretende Protokollführerin

